

aber die vom Abg. Frigen daraus georgene Folgerung, daß darin eine stillschweigende Zustimmung zu der Annahme des Abg. Nider zu finden sei, glaube ich als eine durchaus abwegige bezeichnen zu müssen. (Lachen.) Herr Frigen glaubt hier den parlamentarischen Grundsatz angewandt zu haben, tacet, consentire videtur. Abgesehen davon, daß parlamentarische Grundsätze nicht auf das öffentliche Recht zu übertragen sind, hätte Herr Frigen auch den zweiten Teil des Satzes hinausführen müssen: dann logia potius est debeat. (Lachen links.) Allerdings, es konnte ja sein, aber er magie nicht reden (Ja wohl nicht), deshalb nicht. Herr Frigen hat aber Herr Nider ausdrücklich erklärt hat, er erwartete eine seine Antwort, er mußte auch deshalb nicht reden, weil aus dem Verhalten der Regierung unabweisbar hervorzog, daß sie sich nicht verpflichten wollte, sich auf die nachste Aufhebung des Verbots zu beschließen. Wenn die Regierung diese Pflicht gehabt hätte, worin hätte dann der Grund gelegen, die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch entgegenzutreten? Der Grund, daß eine Erklärung im Sinne des Herrn Nider nicht abgegeben wurde, lag darin, daß über die Frage, in welchem Umfange eine Reform der Vereinsgesetzgebung zu erstreben sein werde, sich die preussische Regierung noch nicht schlüssig gemacht hatte. Der Vorwurf, der dem Reichstagsler objektiv gemacht ist, daß die Vorlage im Widerspruch mit seiner Zustimmung stehe, ist also objektiv nicht begründet. (Zustimmung rechts.)

Abg. Frig. v. Joditz (freilich): Es geht nicht an, aus dem Gehirne der Reichstagsmitglieder die Forderungen abzulesen, ohne zu prüfen, ob dadurch nicht der ganze Charakter des Reichstages verloren geht. Der Vortrag des Abg. Frigen, zwei Gesetze vorzulegen, war doch nicht ernst gemeint. (Widerwärtig und Lachen im Centrum.) Wenn man veraltete Bestimmungen beibehält, dann darf man auch die nicht lassen, das Minderjährige sich an Reichstagsversammlungen zu beteiligen, und die Beschlüsse dürfen wie auch bei den Polizeigerichten überlassen, ein vernünftiger verständiger Polizeibeamter (Große Heiterkeit links) wird seinen Mißbrauch damit treiben. Es gibt keine vernünftige Polizeibeamte als jugendliche Teilnehmer an Versammlungen. (Lachen links.) Wie wollen keine sozialrevolutionären Tendenzen werden in Versammlungen noch in Vereinen getrieben. Man sagt immer, die Sozialdemokraten würden sich wägen, wenn man sie in Ruhe läßt. Diese liberale Phrase steht immer wieder. Wir leben davon nicht ein Spur. Der Föderativismus zwischen Reich und Schöpfung hat der Partei und ihrer künftigen Agitation keinen Nutzen. Jetzt geht vor, wie sie im Reichstag ihr Gesicht zeigen wollen, im Bund mit anderen Parteien. Einmal läßt gegen den Reichstagsler. (Zuruf: Wer hat das?) Der Abgeordnete Lieber, der mit dem Abg. Singer einen Antrag eingebracht hat. Meine politische Pflicht würde mich hindern, einen Antrag mit meinem Namen anzunehmen mit dem Herrn Singer zu unterstützen. (Lachen im Centrum.) Die Begriffe „öffentlich“ und „nicht“ lassen sich nicht bestimmen, sie finden sich aber in den Gesetzen anderer Bundesstaaten gleichfalls. Wir leben in einer Reichsstadt, wir leben im Eintracht der Follen mit dem Wohlstand: sum cuique. Das ist eine Gewohnheit gegen Mißbräuche. (Beifall rechts.) Die Presse ist nicht der öffentlichen Meinung zu erliegen, sie strebt nur dahin, Unzufriedenheit zu erregen und die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu drängen. In dem Sturm im Glatte Wasser ist nicht viel dran, das weiß Jeder, der in parlamentarischen Leben erfahren ist. (Beifall rechts.)

Zustimmungs-Rede: Aus der Erklärung des Reichstagslers ist nicht zu entnehmen, daß der Reichstagsler die Aufhebung des § 8 hinausläßt. Die Regierung war nicht in der Lage, auf die Ablehnung des Abg. Nider eine Antwort zu erteilen. Ich muß jeden Vorwurf gegen den Reichstagsler, insofern er objektiv, zurückweisen.

Abg. Nider (freilich): Was Capitel hat als Parteien für national erklärt, ist nicht zu verstehen, wenn ich das Wort „national“ höre, glaube ich, daß irgend etwas Negatives dahinter steckt. Im Reichstag haben auch Nationalisten ihren Namen neben Sozialdemokraten unter Anträge gestellt, das ist doch keine Schande, denn diese sind doch ebenbürtige Vertreter des Volkes wie wir. Und wenn ich wieder mit den Sozialdemokraten die haben wiederholt erklärt: Dieser ein Sozialdemokrat als ein Freiheitskämpfer.“ Der Minister des Innern sagte mir vor wenigen Tagen, ich sollte mich nicht an ungelagte Eier kümmern. Ei, ei! Herr Minister, wenn ich Wort! (Große Heiterkeit.) Den Tag vorher hätte ich den Ernennung zum „Lügen des großen Gies“ erhalten, und was es ihm unangenehm damit auszugeteilt zu kommen. Gerade das Frolachen der Sozialdemokraten zeigt, wie schwach ist ihnen das große Ei des Herrn Rede ist. (Stürmische Heiterkeit.) Dagegen hat selbst ein Organ des Bundes der Landwirte L. B. nicht ausgeschrieben das ausgeprochen, daß das Verprechen des Reichstagslers mit irgend welchen Kompetenzen verknüpft ist. Man sagt, die Herren der Regierung wissen sehr wohl, wie es in ihrem Innern aussieht. Ich habe vom Verprechen des Reichstagslers gelernt, ein lo unzulängliches Gemüth, wie das meine, müßte glauben, daß ich auf das bauen konnte. Aber Herr v. d. Rede hat mich nicht im Stich gelassen. (Lachen.) Die Bestimmung über die Ministerien ist wohl eine Verfassungsänderung. Die ganze national liberale Partei ist gegen eine reaktionäre Umgestaltung des Vereinsrechts. Sie kommt der Minister dazu, Erhaltung in ihre Reihen zu bringen, indem er sagt, die Rede des Abg. Krause erzeugt im Lande die Nationalliberalen des Reichstages. Wie kommt es, daß überhört man die Nationalliberalen des Reichstages? (Lachen rechts, auch Minister v. d. Rede lacht.) Herr Minister lacht. (Sehr richtig! rechts.) Nun, daß Herr v. d. Rede der Mann nach Ihrem Herzen ist, wissen wir lange. Der Minister möge nur im Falle der Ablehnung des Gesetzes dem König die Auflösung des Reichstages vorschlagen, dann wird sich zeigen, ob das wohl ist, daß die Mehrheit des Reichstages das Gesetz billigt. Soll ich noch etwas sagen über die Motive? (Stürmische Heiterkeit.) Soll ich noch etwas sagen über die Motive? (Stürmische Heiterkeit.) So mangelhafte Motive habe ich selten in einem Gesetz von so hoher Bedeutung gelesen. Es finden sich darin folgende Auslegungen, eine immer besser als die andere, die allen unverständlichen Bestimmungen aus dem vorigen Jahrhundert werden herbeigeholt. Von Gott und Rechts wegen hat das Reich die Befugnis, die Vereinsgesetzgebung zu regeln. Wenn Preußen hier partikulärisch vorangeht, so dürfen Sie sich doch über die Haltung Bayerns in Sachen der Militärstrafprozessordnung wachsam nicht wundern. Wie Bestimmungen oft von überlebenden Tagen stammen, werden entgegen dem Willen der Reichstagsler bewiesen. Herr Bekannte Borge in Schweden muß mit den Bestrafungen. Nach acht Monaten kam erst vom Minister der Reichs, daß die Auflösung gesetzlich war. Warum wird der Beamte nicht zur Rechenschaft gezogen? Von einflussreichen Mann aus dem Volk verlangt man Gesetzeskenntnis, aber Beamte müssen wie die Pöbel sein. Wie die Vorlage Gesetz werden, so können alle Bestimmungen aufgelöst werden, in denen ich rede, denn der Minister hat erklärt, daß meine Agitation den Frieden gefährdet. Wie denkt der Minister darüber, wenn ein liberaler Landrat eine Verammlung des Bundes der Landwirte auflöst, mit der Zustimmung, daß die Agitation des Bundes von Landwirten als gemeingefährlich bezeichnet ist? Und Herr Stöcker, wenn Herr Reichstagsler nicht mehr den Mund aufstößt; ebenso wäre Herr Krause ein Gesetz. Redner kommt dann nochmals auf die gleichbedeutenden Anklagen und Verbote von Verammlungen in der gleichen Stolz zu sprechen und wird fortwährend von den Redenden durch lärmende Zurufe unterbrochen. Man unterbrochenen Polizeibeamten, die über den Reichstagsler nicht ein Wort sagen, in nicht einmal dem Landrat. Die unverständliche Stellung der Frauen hat der Minister beibehalten, er wirft sie mit Schellen und Bekrängen in einen Topf. Der Ministerpräsident,

der lange Zeit im Exil gelebt hat, sieht die Verhältnisse von der langen Seite, dem Standpunkt an, der Minister des Innern sollte jedoch in Preußen besser Bescheid wissen. Die Frauen sind nicht zöner als die Männer, und das macht die Regierung von Preußen nicht zu Ehrlöhner der Vereine nur selten Gebrauch. höchsten Anstanz lassen. Zu Anstanz und Gerechtigkeit sind allerdings solche Majorität, aber dort haben die Sozialdemokraten trotzdem die größte Majorität. Lacht Sie das denn? Wir in Preußen sind noch unter dem Durchsicht Deutschlands mit und bringt uns ein Gesetz, das uns auch rechtig Prozent Sozialdemokraten bringen, das uns auch rechtig Prozent Ausgabes ist Jenen gegen, Herr Minister, machen Sie eine vorkühnliche Politik, damit werden Sie den Unzufriedenheits-bewußten zerstreuen, mit der lex Nede aber werden Sie die Unzufriedenheit nur vermehren. (Beifall links.)

Zustimmungs-Rede: Ich glaube nicht, daß der Vortrag trotz seines Satzes die Sache so richtig nimmt, denn er hat ja selbst für die Erhaltung der Herren getagt. Der Vorredner hat sich auch über Juterna des Staatsministeriums veräußert, und mit dem Vorwurf gemacht, daß ich es bezüglich einer etwaigen Verfassungsänderung unterlassen hätte, die Aufhebung des Militärstrafgesetzes erst meinten, den Gesetz anzunehmen ist seinen Augenblick im Zweifel darüber gewesen, daß der Gegenstand mit der Verletzung im Widerspruch steht und deshalb eine Veränderung der Verfassung darstellt. Die Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, eine Veränderung der Verfassung an irgend einem Punkte vorzuschlagen zu bringen und hat sich dabei im Einklang mit der bisherigen Praxis gefunden. Auch die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist einmal im Wege der Gesetzgebung erlassen worden.

Abg. v. Friedmann-Lobkowitz (freilich) polemisiert gegen den Abg. Nider und meint, daß alle, die es mit einer Verfassung der Sozialdemokraten ernst meinten, den Gesetz anzunehmen müßten. Das Gesetz würde aber, ich im Kampf gegen die weltliche und dänische Agitation seine Dienste thun. Die Regierung müßte gegen die Agitationen in Versammlungen etwas thun, auch die zahlreichen Reichstagsabgeordnetenversammlungen nur eine Folge der Verletzungen in Versammlungen.

Minister Frig. v. d. Rede: Auf alle Details der Reichstagsler Rede kam ich nicht eingehen, denn seine Mißbegriebe ist so groß, daß sie selbst ein Minister nicht befriedigen kann. Aber doch seine Mißbegriebe so weit gehen würde — natürlich unbenutzt — nicht zu Indiscretionen zu verfallen, das hätte ich nicht erwartet. Es ist sehr verständlich, daß ich über vertrauliche Verhandlungen des Staatsministeriums nichts mitteilen kann. Wie Herr Nider aber vertrauliche Verhandlungen den, weiß ich nicht. Für mich ist es Ehrensache, darüber nichts zu sagen. (Beifall rechts.)

Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß gegen 4 Uhr.

Ausland.

Der türkisch-griechische Krieg

Die vorübergehenden griechischen Erfolge in Epirus haben nun auch nichts genügt, denn das Endresultat der tagelangen Kämpfe bei Griwovo war der Niedrig der Griechen auf Arta unter großen Verlusten. Nach Meldungen aus Konstantinopel haben die Griechen in den Kämpfen ebenfalls Arta, bei Griwovo und Gremencia, 7 Offiziere und 85 Mann Tode verloren, während 6 Offiziere und 272 Mann verwundet wurden. Der Gesamtverlust der Griechen wird in ziemlich glücklicher Weise auf 1000 Mann berechnet. In Arta auf griechischem Gebiete liegt und die griechischen Truppen, die bereits von der kanstabe belagert haben, sich auf griechischen Kanonenbooten eingeschifft haben, ist ein künstlicher Verbindungspunkt von den griechischen Truppen völlig getrennt zu sein. Mit dem in Athen erzielten Teilerfolg ist es also nicht mehr, die Türken waren am Sonntagabend vollständig Herren der Situation. Die volle Anwesenheit richtet sich nunmehr auf Süd-Thessalien, wo am gestrigen Montag bei Demosof blutige Kämpfe stattgefunden haben, deren Ausgang noch zweifelhaft ist, da von beiden Seiten Siegesnachrichten verbreitet werden. Infolge der energischen Reaktionen aus Athen hat der Kronprinz doch noch einmal jenseits des Dyrros-Gebirges Fuß gefaßt und bei Demosof den Kampf aufgenommen, der am Montag früh 9 1/2 Uhr begonnen hat und bis spät abends währte. Der vielgenannten Brigade Smolenski ist die Vereinigung mit den Kronprinzen nicht gelungen. Starke türkische Heeresabteilungen haben sich östlich von Demosof bei Surpi — auf der stark unangefundbar — zwischen dem Kronprinzen und Smolenski eingeschoben, um letzteren von der Rückzugslinie durch den Dyrrospaß abzuhalten. Auch Smolenski selbst ist gefangen mit ungenügendem Erfolg im Kampfe. Seit man einer Beschießung der „Agence Havas“ am Abend vom Montagabend 9 1/2 Uhr glaubte, daß die Kronprinzen Konstantin trotz geschickter türkischer Umgehungsversuche auf beiden Flanken der griechischen Stellung gelangen, seine Position zu besetzen. Bei den Erfahrungen in diesem, die man mit Kriegsnachrichten aus Athen bisher gemacht hat, wird man sich noch einige Stunden gedulden müssen, um die volle Wahrheit zu erfahren. Jedenfalls steht fest, daß im gegenwärtigen Augenblick die militärische Entscheidung fällt oder bereits gefallen ist. Denn was die griechischen Blätter von einem Fortkämpfen „bis zum Untergang“ bekunnen, ist haltloses Geschwätz. Hat Kronprinz Konstantin gegen bei Demosof die Partie verliert, dann kann er mit den Trümmern seiner Armee keinen Widerstand mehr leisten; Smolenski aber wird sich kaum der völligen Einnahme und Gefangennahme entziehen können, da die türkische Uebermacht nachgerade erdrückend geworden ist.

Wie wenig hoffnungsvoll die Regierung in Athen die Sache ansieht, beweist das Verhalten des Ministerpräsidenten Kall, der sofort nach Bekanntwerden des Kampfnachrichtes bei Demosof zu den Vertretern der Mächte in Athen eilte, um sie zu bestimmen, die Priorität zur Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen. Das eigenartige Verhalten der Priorität auf der Fortsetzung der Feindseligkeiten und ihre gewaltige Rechnung für das niedergeworfene Griechenland eine Bestimmung der Mächte gegen die Türkei hervorgerufen, die sich in den verschiedensten kampfthätigen Blättern aller Mächte-Staaten zu äußern beginnt. Wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, will die Priorität das exorbitante Thessalien einfach behalten. Dessen Verlangen ist aber zuerst von deutscher Seite in nachdrücklicher Weise entgegengetreten worden. Den Türken kann nach Ansicht der deutschen Diplomatie nur eine Grenzberichtigung aus strategischen Rücksichten zugeprochen werden, und dadurch würde etwaigen künftigen Einfällen vorgebeugt. Sollte aber die Priorität an ihren Forderungen festhalten, so glaubt man, daß sich die Sympathien

der ihr wohlgefinnten Regierungen abschwächen würden.

Diese leise Sympathieumgebung Deutschlands, bisher des kühnsten griechischen Gegners, wurde des steigenden Einbruchs in Konstantinopel nicht verhehlt, obgleich die Priorität, welche 500.000 Mann auf den Beinen hat, nicht gerade den Einbruch großer Nachschiffe macht, was man ihr auch nicht besonders lieb nehmen kann. Schließlich hat sie auch Rücksicht auf ihre eigenen Unterthanen zu nehmen, die einen Verzicht auf die Siegesbeute sehr übel deuten würden, da ihnen die diplomatische Erkenntnis der gesamten Situation absolut mangelt.

Wie der „Nat.-Ztg.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, stellen die Vorkämpfer in ihren Verhandlungen die grundsätzliche Anblikung einer Kriegsentfaltung an die Türkei fest unter Vorbehalt der Prüfung der Höhe dieser Forderung. Die Verproviantierung der Seeboten sowie die Gebietsfestlegung bis zur erfolgten Regelung der Kriegsentfaltung wurde gleichfalls von den meisten Vorkämpfern als berechtigt anerkannt, wogegen die Forderung größerer Landabtretung auf festen Grundbestand stieß. Bei den Franzosen treten neuerdings die griechenfeindlichen Anschauungen wieder mehr hervor.

In Paris hält man die Lage für geradezu gespannt, bescheiden in London, was offenbar bei der griechenfeindlichen Stimmung der Befürchtungen nicht weiter wunder nehmen kann. Bemerkenswert ist noch ein Artikel des „Pester Lloyd“, welcher ansieht, die Priorität habe in ihrer Note vom 18. April erklärt, die Türkei habe Griechenland gegenüber keinerlei Eroberungsabsicht. Heute aber begründet die Türkei ihre Forderung nach Wiederherstellung der alten Zustände in folgender Weise: Die Gebietsabtretung Thessaliens an Griechenland 1831 war auf die seitens der Mächte abgegebene Versicherung basirt, daß durch dieses Opfer Schwierigkeiten, die aus den wiederholten kühnsten Einfällen aus Griechenland über die Grenze sich ergaben, beendet werden würden; die Ereignisse hätten jedoch gerade das Gegenteil ergeben. Früher seien von Griechenland nur Briganteneinfälle erfolgt; nach Erweiterung der Grenze seien aber die Rechte der Türkei beständige Gefährdung ausgesetzt gewesen. Die Verpflichtung der griechischen Regierung liege durch die ihr gewährten Konzessionen nur ermuntert worden; dies bewies auf die Motive, die für den gegenwärtigen Krieg entscheidend waren. Es entspräche daher die Rückkehr zur alten Grenze ebenso der Gerechtigkeit wie den Siegen, welche die türkische Armee mit großen Opfern an Gut und Blut erkämpft habe. Der Artikel widerlegt diese türkische Anschauung und schließt:

„Dasselbe Europa, welches 1831 die Türkei rettete, ist heute entschlossen, Griechenland zu retten. Gerade der Türkei würde es anstehen, in die Weltzeit und Gerechtigkeit dieses Entscheidendes der europäischen Mächte einigen Verhandlung zu bestehen. Die Rückkehr zur alten Grenzlinie wird niemals die Zustimmung Europas erhalten; eine Grenzberichtigung ist das Beste, was die Türken in dieser Hinsicht erlangen können.“

Letzte Telegramme.

Berlin, 18. Mai. Die „Nationalzeitung“ meldet, im Reichstag wäre eine Uebereinstimmung der Parteien erzielt für die Gewährung einer Dotation an die Wittve des Staatssekretärs Stephan.

Sulstana, 18. Mai. Das Kaiserliche Kommando giebt bekannt: Der Ober v. Johannes, von Hamburg kommend, wurde gestern nachmittags um 5 1/2 Uhr bei km 86 von dem Dampfer „Mimi“ aus Kiel angehalten und ihm ein Verbot erteilt. Der Ober ist, nachdem er von der Besatzung verlassen, im Kanal gesunken und liegt 20 m vom Ufer aufgedrückt. Der Kanalverkehr ist nicht gestört, die Bergungsarbeiten sind im Gange.

Wien, 18. Mai. Die Polizei verhaftete einen Mann, welcher den Silberdiebstahl in der Gallerie Gernini verübte. Der Mann nennt sich „Hjvan von Habsburg“, doch ist festgestellt, daß der Name falsch ist. Es wird geglaubt, daß der Verhaftete alle Diebstähle in den großen Galleries anderer Städte ausführe.

Staufenburg, 17. Mai. Die aus dem Gebirge kommenden Zuflüsse der Flüsse Sarnos und Krampos sind durch den anhaltenden Regen stark angeschwollen. In Waldungen und Steilen ist durch Sturzflüsse beträchtlicher Schaden verursacht. Zahlreiche Wälder wurden von den Wellen fortgerissen.

Kraun, 17. Mai. Bei der Station Plesow bei Pogorec entgleiste infolge Hochwassers der Reuberger Personenzug. Personen wurden nicht verletzt.

Nisa, 18. Mai. Der Gerichtsaccessit Anton Gerlpech aus Nandorf ist auf der Poststation bei der Fahrt mit einem Segelboot im Gardofer ertrunken. Seine Frau wurde gerettet.

Budapest, 17. Mai. Infolge des anhaltenden Regens der letzten Tage sind im Süden Ungarns große Ueberfluthungen eingetreten. Zwischen Budapest und Bercsora ist der Verkehr unterbrochen infolge Einfurzes einer Brücke bei Sztina. Auch auf der Linie Budapest-Berebal ist der Verkehr unterbrochen. Menschen sind nicht ums Leben gekommen.

Halle und Umgegend.

Halle, 18. Mai. — Die Stadtverordneten-Versammlung erledigte in ihrer gestrigen Sitzung von der reichhaltigen Tagesordnung nur die Wassergebührenordnung nach der Magiaritaso-Pläne mit einigen ganz geringen Modifikationen. Ein anderer, als besonders wichtig hingeworfener Punkt, die Aufhebung der Wasserzölle des württembergischen Pfäfers und der Friedrichsbühl, wurde wegen der Dunkelheit, sowie für den Zufußausfall, bei dem eingeleitet, erörtert, der Beschluß aber ausgesetzt, weil sich Bedenken gegen die Anträge der Baukommission bezüglich der Vertheuerung der Straße regte machten. Die Angelegenheit wurde deshalb an die Baukommission zurückverwiesen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden wegen der vorgezogenen Stunde für eine außerordentliche Sitzung am nächsten Donnerstag aufgeschoben.

Provinzialnachrichten.

W. Querfurt, 17. Mai. (Kriegsrapport zwischen Dieb und Begehrten.) In dem benachbarten Obhauen wurden dem Fleischer Wäber von einem Fremden, um eine Gabe ausstreichenden Weilen aus der Wäberkiste 40 — 50 Pf. entwendet. Nach dem Weggehen des Diebes entdeckte Wäber den Diebstahl. Nach dem Dieb nach und holte ihn auch ein, aber der Dieb widerlegte sich. Es entstand ein Ringen zwischen den beiden, wobei der Begehrte zwar etwa 15 M. rettete, dabei aber erheblich, namentlich im Gesicht, verletzt wurde. Der Dieb, ein langer Mann mit rötlichem Haar, ist leider entkommen.



